

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheudeitz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachung.

Wie schon in Nummer 37 der »Graph. Presse« unter »Rundschau« bekanntgegeben wurde, ist durch Urabstimmung der Anschließ des Deutschen Photographen-Gehilfen-Verbandes beschlossen worden. Das gleiche können wir heute vom Zentralverein der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands mitteilen.

Der Anschluß des Photographen Gehilfen-Verbandes erfolgt bereits am Anfang des IV. Quartals, am 27. September. Der Anschluß der Formstecher erfolgt laut Beschluß des Zentralvorstandes des Formstecher-Verbandes am 1. Januar 1909. — Die Mitglieder beider Verbände werden auf Grund der abgeschlossenen Uebertrittsbedingungen mit allen erworbenen Rechten von uns übernommen, was in den von uns neu auszufertigenden Mitgliedsbüchern für dieselben vermerkt wird.

Die seitherigen Ortsvorstände des Photographen-Gehilfen-Verbandes werden ersucht, uns zu diesem Zwecke die Mitgliedsbücher und sonstigen Ausweise von allen übertretenden Photographen-Mitgliedern zuzusenden.

An die Formstecherkollegen richten wir schon heute die Bitte, die Beiträge bis 1. Januar rechtzeitig zu begleichen und ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, die dann zu dem gleichen Zwecke an uns einzusenden sind.

Damit in der Geschäftsführung und Beitragszahlung, wie auch Unterstützungsauszahlung der jetzt übertretenden Photographenkollegen kein Stillstand eintritt, werden zunächst provisorische Interimskarten ausgegeben, die inzwischen an die seitherigen Ortsvorstände des Photographen-Verbandes mit dem Ersuchen gesandt sind, diese Karten auszufertigen und den übertretenden Kollegen einzuhändigen.

Die Wochenbeiträge nach dem 27. September à 1,20 Mk. sind von den übertretenden Kollegen an unsere Ortsvorstände zu zahlen. Wir bitten letztere, sich sofort mit den bisherigen Ortsvorständen des Photographen- und auch

des Formstecher-Verbandes in Verbindung zu setzen zwecks Aussprache über die neue Geschäftsführung, zu gründende eigene Filialen (bei mindestens 50 Mitgliedern) oder Sektionen dieser Kollegen, über gemeinschaftlich abzuhaltende Mitgliederversammlungen usw., so daß in keiner Weise irgend eine Stockung eintritt.

Der Zweck der Anschlüsse beider Verbände an unseren Verband ist die Erstarke der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und im besonderen für die graphischen Berufe. Um dieses Ziel zu erreichen, werden innerhalb des Verbandes der Lithographen, Steindrucker etc. Zentralkommissionen für beide Berufsgruppen (Photographen und Formstecher) eingesetzt, welche, wie früher deren Verbandsvorstände, alle beruflichen und sonstigen das Gewerbe fördernden Fragen erledigen sollen.

Hierzu gehört auch die Arbeitsnachweisvermittlung, welche in den Händen der bisherigen Zentralvorstände verbleibt, die sich, wie oben angedeutet, zu Zentralkommissionen konstituieren.

Das bisherige Fachorgan des Deutschen Photographen-Gehilfen-Verbandes »Photographischer Mitarbeiter« findet seine Fortsetzung unter dem gleichen Namen in einem besonderen Teil unseres gemeinschaftlichen Verbandsorganes »Graphische Presse«, wie das bei den Formstechern schon der Fall ist.

Wir begrüßen hiermit diese neuen Mitglieder mit der Bitte, nimmehr fleißig im Sinne unseres Verbandsstatutes mitzuarbeiten und ersuchen unsere bisherigen Verbandskollegen, ihnen in jeder Weise tatkräftig und kollegial zur Seite zu stehen. Denn je geschlossener und inniger unser Zusammenwirken sein wird, desto leichter wird es uns möglich sein, dem vereinten Unternehmertum erfolgreich entgegen zu treten.

Der Vorstand des Verbandes der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachung. — Der Nürnberger Parteitag. — Rundschau. — Generalversammlungen und Kongresse. — Ein Professor und Staatsrechtslehrer über den Streik. — Königlich preussische Staatskunst. — Vermischtes. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

Beilage: Allgemeines: Unternehmerneugier. Ortsberichte: Hanau, Saalfeld. — Der Lithograph: Der Niedergang in der Ansichtspostkartenindustrie, II. — Die photomech. Fächer: Streikbrechermißgeschick in Haarlem. Tarifausschluß für Deutschlands Lichtdrucker. Aus den Sektionen: Frankfurt-Offenbach (Chemigr.), Leipzig (Chemigr.), Berlin (Kupferdr.). — Photogr. Mitarbeiter: Zur Einführung. Bekanntmachung. — Die Tapetenbranche: Bekanntmachung. Adressenänderung. — Feuilleton: Federzeichnungen aus der Schweiz. Eingänge.

Der Nürnberger Parteitag.

Bei dem unbefangenen Beobachter hat die diesjährige Tagung des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung keinen guten Eindruck hinterlassen. Schon vorher erregte Debatten in der Presse, an verschiedenen Stellen zu einem wüsten Gezänk ausartend, und auf dem Parteitag die mündliche Fortsetzung dieser hitzigen Diskussionen. Ganz besonders wurde bei der Polemik in der Presse das Einigende fast ganz und gar außer acht gelassen. Dagegen wurde das Trennende zwischen den einander gegenüberstehenden Auffassungen immer und immer wieder betont, wurden die Gegensätze über Fragen der Taktik in einer Weise verschärft und als Verräterei am Prinzip hinzustellen versucht, daß die ruhigeren und sachlicheren Parteimitglieder voller Besorgnis auf Nürnberg blickten und die lieben Gegner in der Vorfreude über eine Spaltung der Dreimillionenpartei sich die Hände rieben. Diese Freude war allerdings verfrüht. Eine Zersplitterung des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung ist nicht eingetreten. Aber die Befürchtungen und Besorgnisse der ersteren Elemente in der Arbeiterschaft sind keineswegs beseitigt. Sie werden solange berechtigt sein, als es sich berufene und unberufene Prinzipienwächter nicht abgewöhnen können, taktische

Meinungsverschiedenheiten zu grundsätzlichen Gegensätzen zu stempeln und jeden des Hochverrats am Prinzip und an den Parteigrundsätzen zu bezichtigen, der sich erlaubt, in taktischen Fragen nicht ihrer Meinung zu sein.

Wir wollen uns in unserem Gewerkschaftsblatt nicht darüber verbreiten, ob die Budgetbewilligung taktisch geschickt oder ungeschickt war. Eine Versündigung gegen die Parteigrundsätze oder eine Außerachtlassung früherer Parteitagbeschlüsse ist aber unseres Erachtens den sozialdemokratischen Volksboten im württembergischen, badischen und bayrischen Landesparlament nicht nachzusagen, daß sie der festen Überzeugung waren, daß für sie die besonderen Umstände zutreffend seien, unter denen auch die die Budgetbewilligung im allgemeinen ablehnende Resolution des Lübecker Parteitages die Abstimmung für das Budget als zulässig erklärt hat. Der Nürnberger Parteitag hat die Resolution Frohme, die die Bestätigung der Lübecker Resolution bezweckte und für künftige Fälle einer Budgetzustimmung eine vorhergehende Verständigung zwischen Fraktion, Landesvertretung und Parteivorstand forderte, mit 217 gegen 160 Stimmen leider abgelehnt, trotzdem sie zweifellos geeignet gewesen wäre zur Vermittelung. Dafür wurde mit 258 gegen 119 Stimmen die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission angenommen, die die Lübecker Resolution wesentlich verschärft, die Zustimmung zum Budget nur dann für zulässig erklärt, wenn seine Ablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde, und die im übrigen den süddeutschen Landtagsabgeordneten dadurch ein Mißtrauensvotum ausstellt, daß sie die Budgetbewilligung in Württemberg, Baden und Bayern für unvereinbar mit der Lübecker Resolution erklärt.

Wie wenig der Parteitag dadurch die Gegensätze ausgeglichen und den Frieden wieder hergestellt hat, beweist die Erklärung, zu deren Abgabe sich 66 Delegierte aus Bayern, Baden, Württemberg und Hessen nach Annahme der

Resolution des Parteivorstandes gedrängt sahen. Darin erkennen sie dem Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Für die speziellen Angelegenheiten der Landespolitik seien aber die betreffenden Landesorganisationen die geeigneten und zuständigen Instanzen, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen haben. Die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung müsse dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben. — Eine Entscheidung des Parteitages im Sinne dieser Erklärung würde die beste Regelung der Streitfrage gewesen sein. Dem deutschen Parteitag die Entscheidung über alle allgemeinen und das ganze Reich betreffenden Fragen, den einzelnen Landesorganisationen aber vollste Selbständigkeit in der Entscheidung über die besonderen Angelegenheiten des betreffenden Staates auf dem Boden des Parteiprogramms. Solange die politischen Verhältnisse in den einzelnen deutschen Vaterländern so grundverschieden sind wie gegenwärtig, gibt es kaum einen anderen Weg. Seine Beschränkung würde jeden Verdacht ausschließen, daß die Landesorganisation eines größeren Bundesstaates sich in besonderen Angelegenheiten einer kleineren Landesorganisation einmischen will und jeder Schein einer Majorisierung würde beseitigt sein. Wir sind durchaus nicht partikularistisch veranlagt, aber — wir betonen es wiederholt — die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten sind nun einmal grundverschieden, und dieser Verschiedenartigkeit muß eher oder später Rechnung getragen werden. Dadurch wird man ohne jede Verletzung der Parteigrundsätze die Parteien sicherer wahren als auf dem jetzt beschrittenen Wege.

Während die Verhandlungen über die Budgetbewilligung 2½ Tage in Anspruch nahmen

wurden die anderen Fragen, bei deren Erledigung man nach der vorangegangenen Preßpolemik einen scharfen Meinungsaustausch erwartet hatte, ziemlich ruhig, schnell und glatt erledigt. Da zu gehören hauptsächlich die Entscheidungen über die Maifeier und über die Jugendorganisation.

Die *Maifeierfrage* wurde auf dem Parteitag im wesentlichen in derselben Weise behandelt wie auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß. Auch in Nürnberg wurden Stimmen laut, die die Feier des ersten Mai in der gegenwärtigen Form für gänzlich verfehlt hielten und lieber die völlige Beseitigung sehen würden. Diese Meinungsäußerungen kamen durchaus nicht aus dem Lager der sogenannten Revisionisten. An den Vereinbarungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission wurde viel herunkritisiert, ohne daß jedoch annehmbare Vorschläge zu einer besseren Regelung der Unterstützungsfrage der Maiausgesperrten gemacht worden wären. Der Gewerkschaftskongreß hat bekanntlich die Vereinbarungen sanktioniert, die Generalkommission jedoch beauftragt, erneut mit dem Parteivorstand zwecks Regelung der Unterstützungsfrage in Verbindung zu treten. Derselbe Auftrag wurde vom Parteitag dem Parteivorstand erteilt, nachdem vorher die bisherigen Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission bis auf Absatz vier, der die Aufbringung der Mittel zur Unterstützung der Maiausgesperrten den örtlichen Organisationen überwies, abgelehnt worden war.

Die Frage der *Jugendorganisation* wurde treffend im Bericht des Parteivorstandsmitgliedes H. Müller behandelt. Man überwies sie an eine Kommission, über deren Arbeit Haase-Königsberg am letzten Verhandlungstage eingehend Bericht erstattete. Hierauf wurde die Resolution des Parteivorstandes, die sich in allen wesentlichen Punkten mit der Resolution des Gewerkschaftskongresses deckt, debattelos einstimmig angenommen. Sie bringt zum Ausdruck, daß zur Pflege der proletarischen Weltanschauung örtliche Bildungsausschüsse einzusetzen werden sollen, die aus Vertretern der Gewerkschaftskartelle und Parteiorganisationen, unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter, zu bilden sind. Die Entscheidung über politische Parteifragen soll nach wie vor Sache der politischen Organisation und die wirtschaftliche Interessenvertretung einzig und allein Aufgabe der Gewerkschaften sein. Dadurch hat sich auch der Parteitag mit dem, was der Gewerkschaftskongreß auf Grund der Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand zu dieser Frage beschlossen hat, einverstanden erklärt. Die von der Kommission gegebene Deklaration: »Diese Resolution ist so aufzufassen, daß der Beteiligung von lokalen Jugendorganisationen unpolitischen Charakters, die unter Mitbestimmung Erwachsener ihre Verwaltung selbst führen, nichts im Wege steht«, ändert an der Anerkennung des Hamburger Beschlusses nicht das geringste. Man hat sich gegen autonome Jugendorganisationen erklärt und klar zum Ausdruck gebracht, daß nur durch die gemeinsame Arbeit der Partei und der Gewerkschaften das große Werk der Erziehung der Jugend gefördert werden kann.

Auch in der *Lokalistenfrage* hat der Parteitag eine Entscheidung getroffen, die durchaus im Sinne der Gewerkschaften liegt. Der Berichterstatter des Parteivorstandes, Ebert, schilderte die Bemühungen der Parteileitung zur Regelung dieser Angelegenheit. 5000 Mitglieder der Lokalorganisationen seien zu den Zentralverbänden übergetreten. Der Rest bekämpfe die Partei und die Gewerkschaften in perfider Weise und könne nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden. Der Parteitag erklärte denn auch: »Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband (der Wissenschaftlichen Sonderorganisation) ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.«

Der Nachmittag des vorletzten und der letzte Sitzungstag waren ruhiger Arbeit gewidmet. Daraus ist hervorzuheben das großzügige Referat Molkenbuhrs über das Thema »Die Sozialdemokratie und der neue Kurs«, worin der Redner die sozialpolitische Heuchelei der bürgerlichen Parteien, besonders das völlige Versagen der Blockpolitik auf dem Gebiete der *Sozialpolitik* geißelte und die wichtigsten gegenwärtigen sozialpolitischen Forderungen formulierte: eine ernsthafte Witwenversicherung, die Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Landarbeiter, Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts, Sicherstellung des Arbeiteranteils an Wohlfahrtseinrichtungen usw. Ferner sei erwähnt das Referat Meyers über die *Reichsfinanzreform*, in welchem er die ungeheuerlichen Steuerentlastungen in ihrer ganzen Gemeingefährlichkeit aufdeckte, sowie der wichtige Protest des Parteitages gegen die internationalen *Kriegstreiberien* und die frivole Völkerverhetzung, deren sich unsere fanatischen Hurrapatrioten in unverantwortlicher Weise schuldig machen. Gerade die Behandlung dieser Fragen hat gezeigt, wie kulturfördernd die deutsche Arbeiterbewegung zu wirken vermag. Möchte die in der zweiten Hälfte des vorletzten Tages und in der Schlusssitzung geleistete ruhige und ziel-sichere Arbeit dazu beigetragen haben, den unangenehmen Eindruck, den die Budgetdebatten bei vielen hervorriefen, wieder auszugleichen, damit der Parteitag in Nürnberg nicht wie die Dresdener Tagung unseligen Angedenkens wirkt.

Rundschau.

Der Verband deutscher Steindruckereibesitzer ladet seine Mitglieder für Dienstag, den 29. September nachmittags 5 Uhr nach dem Papierhaus in Berlin (Dessauerstraße 2) zur ordentlichen Generalversammlung ein. Es soll der Vorstandsbericht über das erste Geschäftsjahr erstattet, über Aenderung der Satzung in bezug auf Kreis- und Bezirkseinteilung Beschluß gefaßt und die Neuwahl des Vorstandes, Ausschusses und Verbandsschiedsgerichte vollzogen werden.

Vor der Generalversammlung halten die beiden Abteilungen Schutzverband und Fachverband ihre ordentlichen Mitgliederversammlungen ab. Der Schutzverband tritt um 3 Uhr, der Fachverband um 4 Uhr nachmittags zusammen. Für die Beratungen jeder Abteilung ist also gerade eine einstündige Dauer vorgesehen. Auf die Erledigung jedes Tagesordnungspunktes kommen mithin ganze 10 Minuten. Das muß gehen wie das Bretzelbacken.

Keine Zigarrenbanderolesteuer. Wie die Berliner Volkszeitung von »gut unterrichteter Seite« erfährt, soll sich diese Steuer nicht im Sydow'schen Steuerbuket befinden. Der Reichsschatzsekretär hat früher mit den maßgebenden Kreisen der Branche konferiert, und man hat sich auf eine *Erhöhung des Tabakzoll* von 85 Mk. pro 100 Kilogramm auf 150 Mk. geeinigt. (Das wäre also von 42¹/₂ Pf. pro Pfund auf 75 Pf.) Die Unmöglichkeit einer Zigarrenbanderolesteuer hat die Regierung selbst eingesehen. Wenn trotzdem immer wieder Gerüchte über eine solche Steuer auftauchen, so haben sie wohl nur den Zweck, den Reichstag zu zwingen, das anscheinend kleinere Uebel, die Zollerhöhung, williger hinzunehmen, indem man die Industrie gnädigst vor der Banderole bewahrt.

Eine politische Arbeitgeberpartei. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, sind Vorbereitungen getroffen zur Gründung einer »politischen Arbeitgeberpartei« und bereits rüstig fortgeschritten. Im Spätherbst wird auch die öffentliche Agitation für den Bund aufgenommen werden. Sie plant angeblich einen Bund der Unternehmer nach dem Vorbild des Bundes der Landwirte. Möglich wäre auch ein Zusammengehen beider Bünde. — Den Scharfmachern unter den Unternehmern drehen die reaktionären Parteien den Schleifstein noch nicht hurtig genug.

Ein langjähriger Esperantist unter unseren Kollegen bittet uns richtig zu stellen, daß die Zeitung »Internaciona Socialisto«, über die wir in No. 35 eine kurze Notiz brachten, nicht in Original-esperanto erscheine, sondern in einer Ableitung, genannt Esperanto simplikita, die vom Dresdener Esperantistenkongreß einstimmig (von 30 dort vertretenen Nationen) abgelehnt worden sei.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1907 wurde vor einiger Zeit in der »Gewerkschaft«, dem Organ der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, durch deren Sekretär Hueber eingehend dargelegt. Danach haben die österreichischen Gewerkschaften die erste halbe Million überschritten; sie stiegen 1907 um 52824 Mitglieder oder 11,78 Prozent auf 501 094 Mitglieder. Da insgesamt etwa 2226601 erwachsene industrielle Arbeiter, die im Reiche organisierbar sind, für die Gewerkschaften in Betracht kommen, vereinigen

diese also 22,50 Prozent der organisationsfähigen Arbeiterschaft in ihren Reihen. Unsere Kollegen, die Lithographen, Steindruckerei usw., sind am stärksten, nämlich zu 96 Prozent organisiert; ihnen folgen die Buchdrucker mit 93,50 Prozent und die Buchbinder mit 60 Prozent, sodaß das graphische Gewerbe an allererster Stelle marschiert. — Auch in bezug auf die Finanzlage wurden gute Fortschritte gemacht. Die Gesamtjahreseinnahme betrug 8120763,62 Kr., die Ausgabe 7147730,42 Kr., der Ueberschuß also 973033,19 Kr. Der Vermögensbestand betrug Ende 1907 8806038,74 Kr. Daneben wurden für den Widerstandsfonds, der der österreichischen Vereinsgesetzgebung wegen getrennt von den Finanzen der Gewerkschaften auf Grund der sogenannten »freien Organisationen« verwaltet wird, 3283716,60 Kr. vereinnahmt. Dieser Summe stehen an Ausgaben für gemafreilte, streikende und ausgesperrte Mitglieder 1825587,47 Kr. gegenüber. Der Widerstandsfonds betrug Ende 1907 2558129,15 Kr. — Die österreichische Gewerkschaftsbewegung verfügt über 50 deutsche, 44 tschechische, 8 polnische, 3 italienische, und 1 slowenische, im ganzen also über 106 Fachzeitungen.

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1907 behandelte das Komitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes in seinem Organ, der »Arbeiterstimme«. Die Zahl der Mitglieder der dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen 34 Gewerkschaften stieg von 64590 Ende 1906 auf 71404 Ende 1907, also um 9587. Daneben nahmen 5 Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, dem Gewerkschaftsbund aber nicht angehören, um 4110 Mitglieder zu; ihr Bestand stieg von 9954 auf 14064. Ferner führt die Statistik eine Reihe von Verbänden des Verkehrspersonals (Eisenbahn, Post, Telegraph) an, die mehr Unterstützungs-kampfsorganisationen sind; sie zählten 1906 36449, 1907 42554 Mitglieder, nahmen also um 6105 Mitglieder zu. Die christlichen Gewerkschaften zählen rund 5300 Mitglieder. Die Gesamtzahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beträgt demnach ungefähr 135000. Organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen können rund 400000 vorhanden sein, sodaß ungefähr der dritte Teil aller Organisationsfähigen organisiert ist.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1907 wurde im Jahresbericht der dänischen Gewerkschaften geschildert. Die Landesorganisationen für die einzelnen Gewerbe (ungefähr 50) sind im Zentralverband vereinigt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stieg insgesamt von 98000 auf 110000, also etwa um 12000; die Zahl der im Zentralverband zusammengefaßten Mitglieder von 78000 auf 99000. Der gesamte Zuwachs kam also dem Zentralverband zugute. Das Vermögen der dänischen Gewerkschaften betrug Ende 1907 ca. 4 Millionen Kronen.

Der 41. Kongreß der englischen Trade-Unions tagte in der ersten Hälfte des September in Nottingham. Anwesend waren 510 Delegierte (darunter 7 Frauen), die 1760000 Mitglieder vertraten. Das Projekt, eine große Tageszeitung für die Arbeiterklasse zu begründen, wurde vorläufig fallen gelassen, da die Mehrzahl der englischen Arbeiter von der Notwendigkeit einer eigenen, nur ihre Interessen vertretenden Presse, noch nicht durchdrungen ist. In bezug auf den Streikbruch englischer Arbeiter betonte der Kongreß, daß dadurch der englische Trade-Unionismus entehrt worden sei. Vom Parlament soll die Ausdehnung des Werbe-gesetzes, wonach das Anwerben von Engländern für fremde Heere verboten ist, auch auf die Anwerbung von Streikbrechern verlangt werden. Ferner soll die Regierung ersucht werden, Staatszuschüsse zu den Arbeitslosenfonds der Gewerkschaften zu gewähren. Dagegen lehnte man es ab, der Regierung den Dank für das Alterspensionengesetz auszusprechen, da sie, wie ein Redner betonte, dieses Zeugnis nicht verdient habe; den Dank verdiene die Arbeiterschaft, die stark genug war, der Regierung diese Vorlage abzurufen. Eine die Einrichtung von obligatorischen Schiedsgerichten für gewerbliche Streitigkeiten betreffende Resolution wurde abgelehnt. Im übrigen wurden alle sozialpolitischen und demokratischen Resolutionen, wie Achtstundentag, Ausbau der bestehenden Schutzgesetze, allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen, Zahlung von Eisenbahnen und Minen, einstimmig angenommen. Der Kongreß zeigte, wie dem »Vorwärts« aus London berichtet wurde, einen Fortschritt in der sozialistischen Erkenntnis, wenn auch eine vollständige Abkehr vom politischen und ökonomischen Denken der Bourgeoisie nicht verzeichnet werden kann. Die Gewerkschaften befinden sich in einer Uebergangszeit von der liberalen zur sozialistischen Weltanschauung.

Der Kongreß der italienischen Gewerkschaften tagte zur gleichen Zeit wie der englische Gewerkschaftskongreß in Modena. Es waren 306957 in den Zentralverbänden organisierte Arbeiter durch 400 Delegierte vertreten. Im ganzen sind in Italien 546514 Arbeiter in den 92 sogenannten Arbeitskammern organisiert. Diese Arbeitskammern befinden sich meist noch in den Händen der anarcho-sozialistischen Syndikalisten. Da aber in der Gesamtzahl der in den Arbeitskammern vereinigten Arbeiter die Mitglieder der Zentralverbände inbegriffen sind, bilden letztere die Mehrheit. Der Kongreß von Bologna 1906 hatte sich mit 114000 gegen

55000 Stimmen für die sozialistisch-gewerkschaftliche Methode und gegen die syndikalistische erklärt. Auf dem Kongreß in Modena waren die Syndikalisten nur schwach vertreten. Trotzdem kam es zu einer regen Aussprache über die Tätigkeit der Confederazione generale del Lavoro, der Vereinigung der Zentralverbände, die mit einer einstimmig angenommenen Vertrauenskundgebung endigte. In bezug auf die Disziplin bei der Proklamierung von Streiks kam gegenüber der syndikalistischen Richtung zum Ausdruck, daß gutgefüllte Kassen und straffe Organisationen für den Erfolg einer Streikbewegung wichtiger sind als die noch so edle und impulsive Sympathie weiter Kreise. Ferner wurde die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von allen politischen Parteien betont, aber ein Zusammengehen von Fall zu Fall mit Sozialisten, Republikanern und Radikalen für notwendig erachtet. Der Kongreß bedeutet eine weitere Abkehr der italienischen Gewerkschaftsbewegung vom anarchosozialistischen Lokalismus und Syndikalismus.

Generalversammlungen und Kongresse.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt seinen 9. Verbandstag vom 2. bis 8. August in München a. V. Die Organisation zählte am Schluß des 4. Quartals 1907 in 522 Orten 136885 Mitglieder. Am 1. April 1906 waren 98386 Mitglieder im Verband vereinigt. Seit dieser Zeit wurden 118478 Mitglieder neu aufgenommen, was einen Bestand von 216864 ergeben würde. Die Differenz zwischen dieser Zahl und dem tatsächlichen Bestand erklärt sich mit daraus, daß viele Mitglieder infolge der Beschlüsse des letzten Verbandstages über die Beseitigung von Grenzstreitigkeiten zu anderen Organisationen übertreten sind. Der wichtigste Beschluß des Verbandstages betrifft die Gründung eines selbständigen Verbandes der Land- und Waldarbeiter. Die Gründung einer solchen Organisation war von der Generalkommission schon lange geplant, sie mußte aber bisher infolge des Widerstandes des Fabrikarbeiterverbandes unterbleiben. Es wäre zu wünschen, daß sich die Erwartungen, die an eine selbständige Landarbeiterorganisation geknüpft werden, auch erfüllen. Der Verband hat, nachdem er auf die Landarbeiter verzichtet, den Namen »Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands« angenommen.

Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter hatte seinen 10. Verbandstag vom 17. bis 22. August in Frankfurt a. M. Der Verband zählte am Schluß des 1. Quartals 1908 40744 Mitglieder, davon 7941 weibliche. Am 1. November 1907 hatte sich der Verband der Wäschearbeiter mit 3140 weiblichen und 280 männlichen, zusammen 3420 Mitgliedern, dem Schneiderverband angeschlossen. Die Verschmelzungsverhandlungen des Verbandes mit den freien Hilfskassen der Schneider scheiterten wegen den entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen. Das Verbandsvermögen stieg bis zum Verbandstag auf 171913,65 Mk. — Durch den inhaltlichen und räumlichen Ausbau des Verbandsorgans in der Weise, daß es dem Lesebedürfnis der weiblichen Mitglieder genügt, soll die Lieferung der »Gleichheit« an die letzteren überflüssig gemacht werden. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt. Ein Staffelleibtrag von 40 und 50 Pf. für männliche und von 20 und 25 Pf. für weibliche Mitglieder wurde beschlossen und die Reise-, Kranken- und Streikunterstützungen wurden erhöht. Der Anschluß an die Konsumvereine wurde den Mitgliedern dringend empfohlen.

Der Zentralverband der Maurer veranstaltete vom 31. August bis 5. September in Hannover einen außerordentlichen Verbandstag. In dem von Bömelberg erstatteten Vorstandsbericht wurde hervorgehoben, daß sich infolge der wirtschaftlichen Krisis und der Erhebung des Extrabeitrages der Mitgliederbestand leider verringert habe. Er sei im 1. Quartal 1908 um 10385 Mitglieder niedriger wie im gleichen Quartal 1907 und im 2. Quartal 1908 um 21995 niedriger wie im 2. Quartal des Vorjahres. Durch die Krisis seien auch die Unterstützungssummen weit über 100 Proz. höher als in früheren Perioden. Trotzdem sei die Finanzlage günstig. Das Vermögen betrage zurzeit 3744822,84 Mark, das sind ca. 300000 Mk. mehr als am Schluß des Vorjahres. — Die fast von allen Gauen beauftragten Erweiterungen der Unterstützungen wurden vorläufig abgelehnt im Hinblick auf den im Jahre 1910 drohenden Kampf mit dem Unternehmertum, für den alle Kräfte und Mittel des Verbandes freigehalten werden müßten. In bezug auf Familienunterstützung bei Streiks soll der Vorstand für den nächsten Verbandstag eine Vorlage ausarbeiten. Einen weiten Raum nahmen die Verhandlungen über Lohnbewegungen und Tarifverträge ein, wobei beschlossen wurde, daß zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen im Jahre 1910 ein Verbandstag Stellung nehmen soll, den der Vorstand rechtzeitig einzuberufen hat. Der Antrag auf Verlegung des Verbandssitzes von Hamburg nach Berlin wurde mit 161 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Die Verschmelzung des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes soll möglichst gefördert werden.

Ein Professor und Staatsrechtslehrer über den Streik.

Von W. Sch.

Das Koalitionsrecht, das Recht auf Verbindung und Verbündung ist, wie genugsam bekannt, schon seit seiner Verleihung durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1869 oft von den verschiedensten Seiten seiner offenen und verkappten Gegner bekämpft worden. Theoretisch allerdings wird dieses Recht anerkannt. Ja man bezeichnet es als eine notwendige Einrichtung des Rechtsstaates, deren sich die Arbeiter als wirtschaftlich schwächerer Teil, namentlich dem kapitalkräftigen, industriellen Unternehmer gegenüber, bedienen könne und dürfe. Praktisch lauten dagegen die Bestrebungen der Gegner der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auf die Erschwerung oder gar Beseitigung dieses in der Theorie anerkannten Rechtes hinaus. Bekannt ist ja auch das Wort eines hervorragenden Sozialpolitikers, das da heißt: in Deutschland besteht das Koalitionsrecht mit dem Galgen daneben.

Die hier und da vereinzelt hervorgetretenen, gewiß nicht zu billigen, mitunter aber aus der ganzen Sachlage hervorgerufenen und darum milder zu beurteilenden Ausschreitungen von Arbeitern im Lohnkampf hat man zum Anlaß genommen, sich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und gegen den in dieses Recht mitunter hineinspielenden Streik zu wenden. So führten alle dem Koalitionsrecht der Arbeiter feindlichen Bestrebungen, die bei allen irgendwie nur passend erscheinenden Anlässen hervortraten und die auch durch die Presse des Bürger- und des Unternehmertums gefördert und durch gelegentliche Äußerungen gesellschaftlich hochstehender Personen unterstützt wurden, bekanntlich dazu, im Jahre 1899 dem Deutschen Reichstage einen von der Reichsregierung vorbereiteten Gesetzentwurf vorzulegen, der nicht nur wegen seiner Tendenz (Absicht), sondern auch wegen seiner harten Strafbestimmungen, die er gegen Streikvergehen in Aussicht stellte, und womit den »Ausschreitungen« bei den Streiks entgegengetreten werden sollte, im Volksmunde den bezeichnenden Namen »Zuchthausgesetzvorlage« erhielt.

Dieser Gesetzentwurf wurde aber abgelehnt, weil er der äußersten Rechten in seinen Strafbestimmungen nicht weit genug, den anderen Parteien im Parlament, namentlich den Linken, zu weit ging, die mit Recht darauf hinwiesen, daß das gemeine Recht Mittel genug biete, etwaigen Streikvergehen wirksam entgegenzutreten. Die Arbeiter, die sich in die Maschen des § 153 der Gewerbeordnung verfangen, haben das ja auch oft und schwer genug erfahren müssen, so daß sich die Stimmen mehren, die die Beseitigung dieser Gesetzesbestimmungen fordern. Gewisse Leute scheinen aber diese Strafbestimmung nicht für ausreichend zu halten, darum verlangen sie die Anwendung schärferer Maßnahmen. Nun meinen wir in diesem Falle nicht einen direkt Interessierten, etwa einen Unternehmer, einen von denjenigen, die zu den Scharfmachern zählen, sondern einen Mann der Wissenschaft, einen Gelehrten, der, wie es scheint, den Arbeitern das Recht auf Vereinigung zur Verbesserung ihrer Lage entzogen sehen möchte. Ein solcher ist der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Carl Hüly, Staatsrechtslehrer in Bern. In seinem kürzlich veröffentlichten Politischen Jahrbuch für 1907 wendet er sich gegen »die Auswüchse der heutigen politischen und sozialen Kämpfe«, natürlich nur gegen diejenigen, die auf das Konto der Arbeiter kommen; nicht etwa gegen die von den Unternehmern herbeigeführten Aussperrungen der Arbeiter und dergleichen.

Auf das, was in dieser Schrift über den Sozialismus gesagt wird, wollen wir nicht eingehen, weil es uns zunächst nicht interessiert, wohl aber auf das, was in dieser Schrift über den »Streikunfug« gesagt wird.

Im Anschluß an bestimmte vorhergehende Sätze eines seiner Kapitel erhebt er seine warnende Stimme gegen Gefahren, die gar nicht vorhanden sind, und darum auch gar nicht bekämpft zu werden brauchen. Der Berner Staatsrechtslehrer, der sich, wie es scheint, in der Rolle einer warnenden Cassandra gefällt und daran gewiß nicht nur den Beifall von Schweizer Bürgern bestimmter Sorte, sondern auch von deutschen und andern Unternehmern finden wird, meint: »Es werde sich überall in den zivilisierten Ländern mit starker Industrie eine Anzahl von Grundsätzen aus dem Chaos der Rechtsanschauungen herausbilden, das die sozialistische Literatur und die materialistische Philosophie des letzten halben Jahrhunderts in dem Staats- und Privatrecht verursacht hat, worunter namentlich die folgenden sind:

1. Daß der Staat, wenn er auch die Streiks nicht absolut verbieten will oder kann, doch die Pflicht hat, die Arbeitswilligen zu schützen und die öffentliche Ordnung, nötigenfalls mit Truppenaufgeboten, aufrecht zu halten. Wenn das nicht geschehen dürfe, müßten Bürgergarden organisiert werden, die dann schärfer vorgehen werden, als die bereits bestehende militärische Organisation, die alle Klassen der Bevölkerung in sich schließt.

2. Daß jeder Versuch, Truppen zum Ungehorsam oder zur Inaktivität zu verleiten, streng und nötigenfalls von Militärgerichten zu bestrafen ist.

3. Daß ein sogenannter Generalstreik ein dem Aufbruch gleichzustellendes Verbrechen ist und mit

Belagerungszustand beantwortet werden darf, soweit es erforderlich erscheint.

4. Daß das sogenannte »passive Verhalten« auf Grund von Forderungen, wie es namentlich dem Eisenbahnpersonal zuweilen empfohlen wird, jedenfalls mit Entlassung beantwortet werden darf.

5. Es ist aber zu hoffen, daß sich unter den Arbeitern selbst eine Klasse allmählich herausbildet, die das unaufhörliche Streiken aufgibt, wodurch alle Bande des Vertrauens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich lockern und eigentlich ein beständiger Kriegszustand geschaffen wird, in dem jede Verständigung bloß ein Waffenstillstand ist. Das muß durch die eigene bessere Einsicht allmählich wieder aufgehoben; ebenso die großen Demonstrationen, Mafiern und dergl., die nur verbittern, ohne irgend etwas zu nutzen.

Der Herr Staatsrechtslehrer empfiehlt die Anwendung der in diesen Zeilen genannten Maßregeln nun nicht geradezu — vielleicht ist aber der Wunsch der Vater des Gedankens — sondern er meint, daß sich solche Maßregeln der herrschenden Gewalten gegen die Arbeiter einmal nötig machen könnten.

In dem Satze, daß der Staat die Streiks nicht absolut verbieten will und kann, finden wir die theoretische Anerkennung des Rechtes auf Einstellung der Arbeit, sofern sie gegen die Gesetze nicht verstößt. Aber in dem folgenden Satze, daß der Staat die Pflicht hat, die Arbeitswilligen zu schützen und die öffentliche Ordnung, nötigenfalls mit Truppenaufgebot, aufrecht zu halten, finden wir praktisch die Bekämpfung des theoretisch anerkannten Streikrechtes, denn jeder weiß es, daß unter diesem Vorwande von seiten der ausführenden Behörden oftmals die rigorosesten und dabei kleinsten Bekämpfungspraktiken gegen streikende Arbeiter zur Anwendung kommen. Darum sollte man meinen, an dieser seiner »Pflicht« habe es der Staat bisher gewiß nicht fehlen lassen. Die Zahl der wegen Streikvergehen verurteilten Arbeiter ist wirklich sehr groß und die Bestrafung der Streikenden sehr hart gewesen. Bei aller Anerkennung des Rechtes auf persönlichen Schutz, das alle Bürger des Staates, also auch die Arbeiter, haben, läßt es sich nicht begreifen, daß hier und da Beleidigungen durch Worte, die Streikende an Nichtstreikende gerichtet hatten, so überaus streng bestraft wurden. Der Verfasser des Politischen Jahrbuches scheint zunächst schweizerische Verhältnisse im Auge gehabt zu haben, daher der Hinweis auf etwa zu organisierende Bürgergarden, die schärfer vorgehen würden als das Militär, das infolge der allgemeinen Wehrpflicht aus allen Teilen des Volkes, also auch aus der arbeitenden Klasse, besteht.

Wozu aber der Hinweis auf das Militär und der Gedanke, daß die Truppen zur Inaktivität verleitet werden könnten. Bisher ist noch nichts geschehen, das die Anwendung solcher Haupt- und Staatsaktionen rechtfertigen könnte. Bei Vermeidung jeder Herausforderung durch die »Hüter der Ordnung« wird sich auch der alltägliche Vorgang einer Lohnbewegung der Arbeiter in Gesetzlichkeit vollziehen. Bei der bereits vorhandenen gewerkschaftlichen, gern geübten Manneszucht werden solche Abwehrmaßnahmen gegen die im Lohnkampfe stehenden Arbeiter, wovon der Verfasser des Politischen Jahrbuches spricht, daraus nicht nötig sein.

Auf die weiteren Ausführungen des Herrn Verfassers im Hinblick auf die Möglichkeit eines »passiven Verhaltens« der Eisenbahner und den politischen Massen- oder den Generalstreik brauchen wir hier nicht einzugehen. Wo aber ein »passives Verhalten« sehr am Platze wäre, das ist bei dem Herrn Verfasser, und zwar im Hinblick auf die Vorschläge, Vermutungen und Redensarten, womit den Bestrebungen entgegengetreten werden soll, die die Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage führen müssen.

Wohl wird das »unaufhörliche Streiken« im Interesse der Unternehmer und der Arbeiter sowie im gesamten Interesse weniger notwendig werden, und zwar dadurch, daß man sich den erfüllbaren Wünschen und Forderungen der Arbeiter nicht verschließen und ferner, daß sich die Arbeiter in großer Zahl ihren Gewerkschaften anschließen, damit diese Vereinigungen in ihrer Aktionsfähigkeit gestärkt und dadurch in den Stand gesetzt werden, mit den Angehörigen des gleichfalls organisierten Unternehmertums für beide Teile, Arbeiter und Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse festzusetzen, unter denen die Produktion ihrer ungestörten Fortgang nehmen kann. Dann wird an die Stelle des Kampfes das Parlamentieren treten, wie es in einigen Gewerben bereits der Fall ist, deren Angehörige, Arbeitgeber sowohl als auch Arbeiter, solch großen und mächtigen Organisationen angehören. Dadurch werden alle Vorschläge zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung solcher Art, wie sie sich der Herr Staatsrechtslehrer, Professor Dr. Carl Hüly in Bern denkt, gegenstandslos werden.

Königl. preussische Staatskunst.

Von Kurt Heinig.

Wenn man von preussischer Staatskunst spricht, so denkt man unwillkürlich an die Herrlichkeiten der Polenpolitik und ähnliche königl. preussische Glanzleistungen. Es gibt aber noch andere weniger bekannte Gebiete, auf denen sich diese angeborene Fähigkeit bemerkbar macht, allerdings durchaus nicht immer zur Freude der Objekte der Staatskunst

El: traditionelles Gebiet des Hohenzollerns ist die Kolonisierung. Der große Friedrich mochte Landesteile, die nicht zu seinem Ideale des vollständigen Oetrenntseins in Oeburtsstände paßten, überhaupt nicht leiden; für Schlesien und Westpreußen kämpfte er. Sachsen und Vorpommern veräußerte er in seine Hände zu bekommen, die hochentwickelten westlichen Landesteile des damaligen Preußens wäre er gern an die Franzosen los geworden, wenn er dafür in Sachsen freie Hand bekommen hätte. Seine großen Nachfolger machen es anders, sie versuchen die heute in junkerlichem Kastenwesen noch befangenen Landesteile modern zu machen — durch Kolonisierung.

Die preußische Regierung wurde so im Jahre 1897 von der Laune gepackt, auf westpreußischem Boden eine Eisenindustrie erstehen zu lassen. Industrielle und Fachleute schüttelten ob solchen Beginnen bedenklich mit den Köpfen, doch der Befehl war von oben gegeben, er mußte, wie es eben die preußische Art erfordert, unter allen Umständen zur Ausführung gelangen. Das Großkapital, das wahrlich nicht der Führung der preußischen Regierung bedarf, um Spekulationsmöglichkeiten aufzuspielen, war anfänglich gegenüber diesen Wünschen äußerst harthörig. Die Regierung kam aber mit sehr deutlichen Mitteln, um die Hörfähigkeit schnell und radikal um das nötige Maß zu steigern.

Also wurden die Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke in Danzig gegründet. Sie sollten der Förderung der industriellen Entwicklung auf elektrischem und maschinellen Gebiete in den ostpreußischen Provinzen dienen. Das Anfangskapital von einer Million Mark wurde zum Teil von schlesischen Industriellen aufgebracht, die ihre Förderung der Industrie in den Ostseeprovinzen durch Orden und Titel belohnt sahen. Schon im Jahre 1899 wurde das Kapital um eine weitere Million erhöht, bald darauf kamen noch weitere vier Millionen dazu. Das Kind wollte aber trotz dieser reichlichen Milchzukunft nicht wachsen, es blieb ein Toteskind. Die weitere Folge war, daß die schlesischen Industriellen sobald als irgend möglich sich von dieser industriellen Gründung unter den Fittichen des Hohenzollerns still zurückzogen.

Besser wurde die Lage des Werkes natürlich dadurch nicht. Jeder einsichtige Beurteiler war sich ja von Anfang an darüber klar, daß die Gründung eines industriellen Unternehmens an der ungünstigen geographischen Lage scheitern mußte. Danzig liegt von den Produktionsstätten für Kohle sowie für Robeisen weit entfernt, sodaß die Frachten für die notwendigen Rohmaterialien höher sind als in den deutschen Montagegebieten. Ferner verfügt Danzig, das mit dem Binnenlande nur durch die Weichsel verbunden ist, über kein Hinterland mit entwickelter Industrie, das als Absatzgebiet für Walzwerkprodukte besonders in Frage kommen könnte.

Diese Tatsachen bekommt zwar jedes Kind im Geographieunterricht gelehrt, damit ist aber nicht unbedingt notwendig, daß es auch die preußische Regierung wissen muß. Allerdings hatte man es wohl auch in den höchsten Kreisen, in denen man gewöhnt worden ist, jeden Wunsch erfüllt zu sehen, nicht für möglich gehalten, daß das Danziger Werk auf solche Wünsche nicht die geringste Rücksicht nehmen würde.

Im Gegenteil, das Werk wagte es sogar schon im Jahre 1902, bedencklich zu kränkeln. Die notwendige Arznei hieß: Entwertung der Aktien im Verhältnis von 4:1 und 800000 Mk. neue Aktien. Die preußische Seehandlung, das königl. preußische Finanzinstitut, die Stadt Danzig und die Provinzialbehörden gewährten gemeinsam eine Hypothek von 2,5 Millionen Mark.

Mit diesen Gesundheitsaktionen beginnt der eigentliche interessante Teil der Geschichte dieser

reichspreußischen Gründung, denn es kam ja von diesem Tage an das Geld der Allgemeinheit in Kommune und Staat als Hilfsmittel in Betracht. Dies ist aber noch nicht die allerinteressanteste Seite der ganzen Sache; diese spielte sich im wesentlichen hinter den Kulissen ab und man hätte darüber wohl überhaupt nichts erfahren, wenn nicht die sozialdemokratische Presse sich dieser Kulissenschieber angenommen hätte.

Es war gerade zur Zeit der denkwürdigen Reichstagswahl, als es durch die Arbeiterpresse bekannt wurde, daß das Danziger Werk wieder eine kleine Gesundheitsaktion hinter sich habe, die allerdings unter ganz eigenartigen Umständen zustande gekommen war.

Mit kurzen Worten: das preußische Ministerium hatte nicht ohne Mühe die Verbände der Eisenbahn-Waggon-Vereinigung und der Radsatzvereinigung veranlaßt, an das dem Verkrachen nahe Danziger Werk 1400000 Mark à fonds perdu zu zahlen! Nicht ohne Mühe hatte man das Geld bekommen, denn erst nachdem den Vertretern der Werke gesagt worden war, daß sich der Kaiser persönlich für das Werk interessiere, daß dessen Entstehen seiner eigenen Anregung zu verdanken sei und deswegen der Zusammenbruch unter allen Umständen vermieden werden müßte, waren die Verhandlungen zum Abschluß gelangt. Allerdings müßte dann eines bestimmten Tages die Summe dringend eingefordert werden mit dem Bemerken, daß bei Verzögerung das genannte Werk sonst seine Zahlungen einstellen müsse. So weit, so gut. Es ist keinem Idealisten zu verwehren, sein Geld zum Fenster hinauszuwerfen.

Aber in Preußen werden derlei ideale Geschäfte nicht erst im Himmel belohnt. Das Ergebnis dieses Aderlassens ist ein fünfzehnjähriger Lieferungsvertrag des preußischen Staates, oder korrekter der preußischen Eisenbahnverwaltung, mit den vorbezeichneten Werken unter Lieferungsbedingungen, bei denen der bekannte Hut des Bürgermeisters und noch ein Rock dazu in der Rechnung aufgehen können.

Als dies während der letzten Reichstagswahl bekannt wurde, hat man nicht etwa eine Untersuchung angeordnet, die dieses beispiellose, zum Schaden des Volkes geübte Verfahren auf seine Wahrheit hin zu kontrollieren gehabt hätte, weit gefehlt, so was hat die preußische Regierung überhaupt nicht nötig! Nicht einmal die Dementiertrompete der Regierung, die »Norddeutsche allgemeine Zeitung«, hat es für nötig gehalten, dazu ein Wort zu sagen. Es mag ja auch verständlich erscheinen, denn damals hatte die Regierung mit den Tippelskirch-Podbielski-Verträgen genügend zu tun.

Die ganze Angelegenheit wurde noch einmal der Vergessenheit entrissen, als bekannt wurde, daß das Danziger Werk den Konkurs angemeldet habe. Das Werk sollte erst freihändig versteigert werden; als sich niemand fand, einigte man sich zu einer Betriebsmittelgemeinschaft der Hypothekengläubiger unter der Firma Ostdeutsche Stahlwerke, G. m. b. H. Die Hypotheken verteilten sich in erster Linie auf die preußische Seehandlung mit ca. 2 Mill. Mark und die Stadt Danzig mit 250000 Mk., dazu noch einige Privatbetriebe. Die Gemeinschaft sollte das Werk bis zum Verkauf erhalten.

Es sind dann noch verschiedene Sanierungsversuche gemacht worden. Sie endigten schließlich damit, daß zwar kein Verkauf zustande kam, daß aber einige Werke, die Gläubiger des Betriebes waren, den Betrieb für dieses Jahr übernahmen. Im November sollten sie sich erklären, ob und zu welchem Preise sie das Werk eventl. kaufen wollten. Die Leute haben aber nicht so lange Zeit gebraucht, um einzusehen, welches Kunststück die preußische Staatskunst mit der Gründung dieses Betriebes geleistet hat; vor kurzem übermittelten die Handels-

zeitungen die Nachricht, daß der Betrieb in Danzig eingestellt wird. Der größte Teil der Arbeiter ist schon entlassen oder steht in Kündigung, nur zirka 75 Mann sollen bis zum Ende der vertragsmäßig festgesetzten Zeit beschäftigt werden. Dem Vernehmen nach haben die Besitzer des Werkes unter Berufung auf den abgeschlossenen Vertrag Einspruch gegen die Stilllegung des Werkes erhoben. Man wird sich wohl außergerichtlich einigen; für die Öffentlichkeit wäre eine Klage aber nützlicher, es ließe sich dann vielleicht einmal fragen, was aus den 1400000 Mark geworden ist und wie der fünfzehnjährige Lieferungsvertrag aussieht, dessen Kosten doch aus allgemeinen Staatsmitteln gedeckt werden müssen.

Vermischtes.

Christliche Sozialisten in Amerika. Vor kurzem tagte in New-York eine vielbeachtete Zusammenkunft der »Christlichen Sozialisten«, die ein eigenes Organ herausgegeben und bereits unter der amerikanischen Delegation auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß einen Vertreter zählten. Die Gruppe, die sich entschieden verwahrt gegen eine Verwechslung mit den »Christlich-Sozialen«, wie sie in Deutschland und Oesterreich als Hilfstruppen der schlimmsten Reaktion auftreten, steht auf dem Boden des internationalen Sozialismus, des Klassenkampfes und der politischen Aktion. Sie besteht zum großen Teil aus Geistlichen, zu denen trotz des Namens der Vereinigung auch ein jüdischer Rabbiner zählt. Dem Kongreß lag ein Brief des Bischofs Spalding von Utah vor, worin er die Hoffnung ausdrückt, daß das Klassenbewußtsein in der gesamten organisierten Arbeiterschaft erwache, um die Unterdrückung des Leibes zu beseitigen, die auch die Knechtung der Seele zur Folge habe. Die amerikanischen christlichen Sozialisten stehen innerhalb der allgemeinen sozialistischen Organisation, deren Taktik unbeschadet ihrer besonderen religiösen Ueberzeugungen auch die ihre ist. Diese entscheidende Haltung erklärt sich aus dem besonderen Charakter des amerikanischen Kirchenwesens, das vom Staate völlig frei und durchaus demokratisch organisiert ist. Nicht selten zählen dort Geistliche zu den entschiedensten Vorkämpfern sozialer und ethischer Umgestaltung. Die Diskussionen auf dem Kongreß zeigten einen hohen Bildungsgrad, besonders bei den jüngeren Elementen der anglikanischen Kirche. Der Prister Dr. Gore erklärte, daß in der sozialistischen Praxis sich Christentum und Sozialismus vollständig decken. Beide sehen in den Einzelpersonen nur Mitglieder einer Gemeinschaft, die die Interessen der Gesamtheit fördern müssen. Temple (Oxford, Sohn des früheren Erzbischofs von Canterbury) sagte: »Ich glaube an die Vergesellschaftung der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Verkehrs. Jedenfalls aber muß die Produktion durch eine gesellschaftliche Organisation geleitet werden.« Von solchen Anschauungen wollen unsere »christlichen Sozialisten, die die »Heiligkeit« des kapitalistischen Privateigentums verteidigen, freilich nichts wissen.

Adressen-Aenderungen.

Auskunftserteiler für die Zahlstelle Wiesbaden
Alfred Böhrer, Yorkstr. 13

Stellengesuche

Junger strebsamer

Reprod.-Photograph

militärfrei, sucht Stelle, wo er sich in 3- u. 4-Farbenaufnahmen, direktes Verfahren, ausbilden kann. Selbiger ist in 3- u. 4-Farbenaufnahmen nicht unerfahren und hat schon in Autotypie, Halbton, Strich, nasses Verfahren, gearbeitet. Gefl. Offerten erbeten unter »Phot. 100., Dresden-A 9, postlagernd Amt 9. [2.-]

Stellenangebote

Mehrere tüchtige

Maschinen-Retuscheure

für Positiv-Retusche sofort gesucht. Gehaltsansprüche, Alter und Muster erbeten Körner & Lauterbach, Chemnitz. [3.-]

Zur Vergrößerung unserer Maschinen-Retusche-Abteilung suchen wir mehrere

Retuscheure, außerdem einen perfekten **Klischee-Andrucker** für die Handpresse (gelernter Buchdr. bevorzugt). Dr. Trenkler & Co., Leipzig-Stötteritz. [3.-]

Erstklassiger Auto-Netzer, der auch im Nachschneiden geübt ist, für sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Probearbeiten an die Graph. Kunstanstalt, G. m. b. H., Hamburg, Ferdinandstraße 51. [3.-]

Wollen Sie Ihre prakt. Vorteile erweitern, so kaufen Sie sich den, für jeden Kollegen unentbehrlich. praktisch. Umdrucker von Bernhard Enders. Druck u. Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Pr.inkl. Porto 80Pfr.

Nürnberg. Die Adressen der Verbandsfunktionäre sind: Steindr.: Vors., A.-E. u. A.-V. Konrad Völki, Adamstr. 27. Kass. u. U.-A. G. Baum, Martin Richterstr. 32, II. Lithogr.: Vors. u. A.-E. N. Eichenmüller, Adamstr. 39. Kass., U.-A. u. A.-V. G. Stahr, äußere Bayreutherstr. 36.

Nachschneider, tüchtige Kraft für Auto u. Strich, sucht Stellung. Zuschriften an F. P., München, Eloistraße 13, I. r. [1,80]

Prosp. gratis, **Arbeitsmethode** f. Photochrom u. Rezept f. 10.— Mk. Off. R. Barth, München, Liebigstr. 39.

Maschinen-Retuscheur für sofort bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Nur erste Kräfte wollen sich melden. Richard Tetzner, Erfurt, 3,60] Graph. Kunstanstalten.

Verschiedenes

ff. Diamant, stumpf geschliffen f. Liniermaschine, 40 Mk. Wert, für halben Preis sof. abzugeben. Näh. in d. Exp. d. Bl.

Chemigr. u. Lichtdr. Vertr. H. Engelhardt, Schoppershofstr. 58pt. Herb. und Verkehrslokal: **Historischer Hof,** Neue Gasse. [2,25]